

Parlament macht Weg frei für Flüchtlingsheime

Auch das Einzelhandelskonzept findet Zustimmung

RODGAU • Die Stadtverordnetenversammlung hat mit den Stimmen der Kooperation und bei Enthaltung der CDU, der Linken und geteiltem Abstimmungsverhalten von „Zusammen mit Bürgern“ (ZmB) das Einzelhandelskonzept für Rodgau beschlossen. Es sieht unter anderem den Ausbau des Jügesheimer Ortskerns zum Stadtzentrum vor. Auch soll der Puiseauxplatz in Nieder-Roden als Einkaufsstandort reaktiviert, gesichert und erweitert werden. Vier Investoren haben Ide-

en vorgelegt, wie der Jügesheimer Ortskern - in Abstimmung mit den Grundbesitzern - zum großen Einkaufszentrum umgebaut werden könnte. Zwei städtische Ausschüsse sollen den besten auswählen und dem Parlament empfehlen.

Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war die Frage des Umgangs mit den zunächst 133 Flüchtlingen, die in Rodgau leben sollen. Erster Stadtrat Michael Schüssler warb um Zustimmung für die Vorlage des Ma-

gistrats, die drei konkrete Standorte zum Bau von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber vorschlägt: ehemaliger Festplatz zwischen Nieder-Roden und Dudenhofen, früheres S-Bahn-Baulager an der Mainzer Straße, Grundstück hinter der Bürgerhausschule. Der Kreis Offenbach wolle 3,8 Millionen Euro für die Unterbringung bereitstellen. Das reiche im gesamten Landkreis für drei Unterkünfte in Modulbauweise. Die Vorlage wurde beschlossen. • bp



In der Stadtverordnetenversammlung hieß es auch Abschied nehmen. Für den Leiter des Stadtverordnetenbüros, Karl Kropp (links), war dies die letzte Sitzung als Protokollant. Kropp geht zum Januar 2014 in den vorzeitigen Ruhestand. Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Kaiser (rechts) dankte ihm. • Foto: Pelka

ANGEMERKT

Im Ton vergriffen

War das vor 20 Jahren eine Einigkeit bei der Nacht- und Nebelaktion an der Rodgau-Ringstraße! Stramme und linientreue CDU-Politiker wie Hans-Jürgen Lange entfernten einträchtig neben SPD-Kämpfern wie Karl-Heinz Schönberg Sperren und Markierungen, um den von Juristen blockierten Verkehrsfluss endlich herzustellen. Und eine Stadträtin von den Grünen überreichte dem damaligen CDU-Bürgermeister Paul Scherer am „Tatort“ Blumen. Von diesem verwegenen Geist ist nichts geblieben. Die Rodgauer Politik zieht heute nicht mal in wichtigen Fragen an einem Strang. Lieber wird taktiert oder polemisiert. Wie zuletzt am Montag. Freilich darf niemand in Sippenhaft genommen werden für vereinzelte Ausfälle. Aber ein gutes Bild bleibt von der Montagsitzung nicht zurück.

BERNHARD PELKA

OPD 11.12.13

Protest vor dem Sitzungssaal

Anwohner aus Rembrücken und Weiskirchen können sich mit Biogasanlage nicht anfreunden

RODGAU • Selten hat eine Stadtverordnetenversammlung so viel Bürgerinteresse gefunden wie am vergangenen Montag. Etwa 40 Anwohner aus Rembrücken und Weiskirchen protestierten vorm Sitzungssaal im Rathaus sächlich gegen den Bau einer Biogasanlage. Andere Weiskircher Bürger füllten die Zuhörertribüne, um die Debatte um den Weiterbau der Rodgau-Ringstraße zu verfolgen.

Unten im Saal boten die Politiker zeitweise das erwartete Spektakel. Hässlich und laut wurde es besonders beim Thema Ringstraße. Hitzkopf Karl-Heinz Schönberg (SPD) bezichtigte seine Vorrednerin Anette Schweikart-Paul (CDU) dabei der „Dummheiten“ und nannte den CDU-Fraktionsvorsitzenden Clemens Jäger einen „Schwätzer“. Entzündet hatte sich der Streit an der Frage, ob 1993 bei der eigenmächtigen Eröffnung des fünften Teilstücks der Ringstraße bei Hainhausen der damalige Bürgermeister Paul Scherer (CDU) nun mitgewirkt habe oder nicht. Fotos aus unserer Zeitung von damals belegen: Scherer war im Mai 1993 bei dem Überraschungs-Coup zumindest anwesend. Stadträtin Edeltraud Zintel (Grüne) überreichte ihm am „Tatort“ Blumen. Rodgauer Politiker hatten 1993 das Teilstück der Ringstraße eigenmächtig eröffnet und Sperren entfernt, nachdem die fertige Piste wegen eines Rechtsstreits mit Heusenstamm monatelang brach gelegen hatte.

Am Montag ging es aller-



Stadtrat Franz Dürsch (links) sprach mit den Bürgern aus Rembrücken und Weiskirchen, die gegen den geplanten Bau einer Biogasanlage auf dem Gelände des früheren hr-Senders protestierten. Sie hatten sich mit Protestzetteln dekoriert und fürchten eine unwirtschaftliche Biogas-Ruine nach dem abschreckenden Mühlheimer Vorbild, Geruchsbelästigung, unzumutbaren Anlieferverkehr, eine Beeinträchtigung des Naherholungs- und Wasserschutzgebiets und sogar „Explosionsgefahr“. • Foto: Pelka

dings um den Weiterbau der Umgehung - vorbei an Weiskirchen bis zur Autobahn A3. Die letzten noch fehlenden 1,2 Kilometer werden so schnell aber nicht kommen. Die Mehrheitskooperation aus SPD, Grünen, FDP und Freien Wählern beschloss zusammen mit dem Abgeordneten der Linken, dass der Weiterbau bis 2020 nicht weiter verfolgt wird. 2020 soll nochmals darüber nachgedacht werden. Auch der Durchstich der Südtrasse bis zur B45 wird auf Eis gelegt. Stattdessen soll die Wilhelm-Leuschner-Straße zwischen Kreisel und August-Neuhäusel-

Straße ausgebaut werden. Ferner soll der Magistrat Maßnahmen prüfen, die zur Entlastung der Weiskircher Hauptstraße führen.

Die Kooperation beruft sich auf ein Verkehrsgutachten, das dem Weiterbau der Ringstraße eine nur geringe Entlastungswirkung zugesprochen hatte. Anette Schweikart-Paul und Clemens Jäger kritisierten die Expertise für die Union als „unfertig“. Große stadtebauliche Entwicklungen (Neubaugebiete zwischen Hainhausen und Jügesheim für 5000 Menschen, Neubauge-

W 18) seien nicht berücksichtigt worden. Der Antrag der CDU, den Planungszeitraum bis 2035 zu strecken und das Gutachten zu überarbeiten, fand indes keine Mehrheit. Dasselbe gilt für die Argumente, die Horst Böhm („Zusammen mit Bürgern“, ZmB) pro Weiterbau formulierte.

Bürgermeister Jürgen Hoffmann hatte nochmals klargestellt, dass die Zahlen aus der Analyse nicht anzweifelbar seien. Es handele sich um die offiziellen Daten aus der seriösen Verkehrsdatenbank Rhein-Main.

Weit auseinander gingen die Positionen auch beim

Thema Biogasanlage. Landwirt Stefan Wolf plant sie auf dem Gelände des früheren hr-Senders zwischen Weiskirchen und Rembrücken. Er hat der Stadt die 21 Hektar bei einem Bieterverfahren beim hr vor der Nase weggekauft. Die Stadt plant dort seit Jahren Ausgleichsflächen für Eingriffe in die Natur (also Neubaugebiete). Jetzt beschloss die Rathaus-Kooperation, das Gelände mit einer Veränderungssperre zu belegen. Das gefährdet Wolfs Ideen. Er sitzt für die CDU im Ortsbeirat Weiskirchen und bekam Schützenhilfe von Anette Schweikart-Paul und Clemens Jäger.

Schweikart-Paul sagte, der Magistrat treffe „im Zorn oder einer Art Beleidigtsein“ Maßnahmen gegen den Landwirt, die so nicht in Ordnung seien. Es handele sich um eine rechtlich riskante Enteignung. Das werde die Stadt teuer zu stehen kommen. Auch Norbert Löw (ZmB) kritisierte das Vorgehen der Mehrheit. Ein Gutachten belege, dass der Magistrat sein Ziel nur durch Enteignung erreichen könne. Die Risiken und Kosten auf diesem Weg seien allerdings nicht abschätzbar.

Winno Sahn (Grüne) hingegen argumentierte, die Veränderungssperre gebe nun „Zeit zu Überlegungen nach allen Seiten“. Heino Reckleß (FDP) stellte klar, dass der Landwirt von den Plänen der Stadt gewusst habe. Er sei trotzdem „ins falsche Risiko gegangen“. • bp

Dazu: „Angemerkt“

Ring-Straße wird nicht fertig gebaut

RODGAU Stadtparlament
legt Pläne bis 2020 auf Eis

Der Weiterbau der Rodgau-Ring-Straße Richtung Autobahn 3 wird bis zum Jahr 2020 nicht weiter verfolgt. Der sogenannte Durchstich von der Bundesstraße 45 zur Südtrasse wird nicht gebaut. Das hat das Rodgauer Stadtparlament am Montagabend gegen die Stimmen der CDU und des Wählervereins Zusammen mit Bürgern (ZmB) beschlossen.

Die CDU warb vergeblich für eine neue Verkehrsuntersuchung mit einem Planungshorizont bis 2035. „Es ist keinem vernünftig Denkenden zu erklären, dass wir auf das

letzte Teilstück verzichten sollen“, sagte Anette Schweikart-Paul (CDU). CDU-Fraktionschef Clemens Jäger warf der SPD vor, sie opfere ein Verkehrskonzept, das bei beiden großen Fraktionen im Stadtparlament stets unstrittig gewesen sei, den Verhältnissen in der Kooperation mit Grünen, FDP und Freien Wählern. Er deutete an, die Grünen hätten sich durchgesetzt.

ZmB-Fraktionschef Horst Böhm forderte den raschen Weiterbau der Straße. Er sprach von einer Investition von weitreichender Bedeutung für die Stadt und rechnete vor, dass zwischen Jügesheim und Hainhausen 5000 Menschen wohnen könnten, die 3500 Autos besitzen.

„Es gibt keinen verkehrlichen Bedarf für den Weiterbau“, sagte dagegen Karl-Heinz Schönberg (SPD) und berief sich auf die Verkehrsuntersuchung, die einen geringen Entlastungseffekt prognostiziert hatte. „Es gibt Fakten, die Sie nicht akzeptieren wollen“, warf er der CDU vor. SPD-Fraktionschef Ralf Kunert wies auf die schlechte finanzielle Lage der Stadt hin. Der Beschluss bedeute aber nicht das Aus für die Ring-Straße. „Wir wollen die Tür nicht schließen“, versprach er. cm

KOMMENTAR

*Falsches
Spiel*Von
Christoph Manus

Es klang zu schön, um wahr zu sein. Ausgerechnet in der Flüchtlingsfrage wollte die Rodgauer CDU, die dem Magistrat gern Unfähigkeit, Arroganz und weitaus Schlimmeres attestiert, diesem freie Hand lassen.

Ihr Fraktionschef Clemens Jäger kann noch so salbungsvoll von der humanitären Verantwortung sprechen, die die Stadt für die Flüchtlinge übernehmen muss. Doch wieso stimmt die CDU dann als einzige Fraktion nicht für die drei vom Magistrat vorgeschlagenen Standorte für Flüchtlingsunterkünfte? Zu groß erscheint ihr offenbar das Risiko, sich bei einigen ihrer Dudenhöfer und Nieder-Röder Wähler unbeliebt zu machen.

Die CDU treibt ein falsches Spiel. Ihr Ziel ist klar. Menschen, die sich beklagen, dass alle drei Unterkünfte im Süden, aber keine im Norden der Stadt entstehen soll, will sie sagen können: „Das haben die anderen entschieden!“

Drei Standorte für Flüchtlingsheime

RODGAU Mehrheit stimmt zu – nur CDU enthält sich / Kritik an Gemeinschaftsunterkünften

Von Christoph Manus

Der Magistrat soll dem Kreis Offenbach den früheren Festplatz und ein Grundstück am Bürgerhaus in Nieder-Roden sowie eine Fläche am westlichen Ende der Mainzer Straße in Dudenhofen als Standorte für Flüchtlingsunterkünfte anbieten. Das hat das Rodgauer Stadtparlament am Dienstagabend einstimmig beschlossen. Nur die CDU-Fraktion enthielt sich.

„Es wäre ein gutes Signal, wenn alle dem Antrag zustimmen könnten“, hatte Grünen-Fraktionschef Winno Sahm zuvor vergebens geworben. Denn dann

wäre der Bevölkerung klar, dass diese Auswahl von den Stadtverordneten getragen werde.

Sahm warnte davor, zu glauben, der Konsens der Stadtverordneten, den Flüchtlingen zu helfen sei repräsentativ für die Bevölkerung, die sie vertreten. „Es gibt Ressentiments gegen Fremde.“ Umso wichtiger sei eine Willkommenskultur, die geleistet werde von Vereinen und Initiativen.

Der Ausländerbeiratsvorsitzende Göksal Arslan appellierte, gemeinsam in eine Richtung zu gehen für die 133 Menschen, die im kommenden Jahr in Rodgau erwartet werden. Das sei nötig,

damit diese sich wohlfühlen und gleich integriert werden.

„Handeln ist jetzt das Gebot der Stunde. Wir alle sind in der Pflicht“, sagte Erster Stadtrat Michael Schüßler (FDP). „Die Menschen haben es verdient, dass wir Voraussetzungen schaffen, die ihnen eine Integration in die Bürgerschaft ermöglichen.“

Auch CDU-Fraktionschef Clemens Jäger betonte die humanitäre Verantwortung der Stadt für die Flüchtlinge. Er warb aber für einen Antrag, der dem Magistrat „Rückenfreiheit“ bei der Entscheidung über die Standorte gebe. Die Liste mit allen 25 Grundstücken, die der Magistrat in die

nähere Auswahl genommen hätte, habe seine Fraktion erst am Freitagabend erhalten. Sie sei nicht in der Lage gewesen, diese bis zur Sitzung durchzuarbeiten. „Wir wären aber auch mit den drei Grundstücken einverstanden“, sagte Jäger.

Kritik an der geplanten Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften äußerte außer Arslan auch Heiko Stenzel (Linke). Die Unterbringung in Wohnungen sei human und spare sogar Geld, sagte er. Der Verein „Mein Nieder-Roden“ warb bereits am Vortag dafür, freie Wohnungen, in denen Asylbewerber leben können, zu melden. Siehe Kommentar

argert sich über die Baumgang Landsteiner Straße in Dreieichenhain ein neues Sperrgitter aufgestellt – doch das ist mit nur 94 Zentimeter Durchlassbreite so eng, Es ist mehr als traurig, wenn emersens der runde Tisch Radverkehr Schritt für Schritt Verbesserungen für die Radler hochfahren viel Platz, dass beinahe ein Auto hindurch

Bau der Biogasanlage liegt auf Eis

RODGAU Stadtparlament beschließt Veränderungssperre / CDU warnt vor Enteignung

Von Christoph Manus

Die fast 50 zum größten Teil aus Rembrücken stammenden Menschen, die am Montagabend vor der Sitzung des Rodgauer Stadtparlaments auf Transparenten eindringlich gegen den geplanten Bau einer Biogasanlage im Nordwesten Rodgaus warnen, dürfte es freuen. Dass die Stadtverordneten mit Stimmen der Kooperation aus SPD, Grünen, FDP und Freien Wählern sowie der Linken am Montagabend eine Veränderungssperre für das Areal erließen, wirft die Pläne des Weiskircher Landwirts Stefan Wolf für das frühere HR-Gelände zumindest zurück.

Der Parlamentsmehrheit geht es allerdings weniger um die Verhinderung einer Biogasanlage als um die Verwirklichung eigener

Vorhaben. Sie braucht das Areal als Ausgleichsfläche für die Entwicklung neuer Baugebiete. Deshalb hatte sie über die Hessische Landgesellschaft auch für das Gelände geboten. Wolf, der dem Vernehmen nach 1,2 Millionen Euro zahlte, genau das Doppelte des von der Stadt offerierten Preises, erhielt jedoch den Zuschlag.

Landwirt droht, notfalls gegen die Stadt zu klagen

Der Landwirt zeigte sich im Gespräch mit der FR gestern trotz des Beschlusses zuversichtlich, in Gesprächen mit der Stadt noch eine Lösung zu erzielen. Er bietet an, ihr Ökopunkte zu verkaufen. „Wenn keine Bewegung rein kommt, werde ich klagen müs-

sen“, kündigte das Mitglied des Weiskircher Ortsbeirats aber an. Die Bedenken von Anwohnern, die unter anderem eine Geruchsbelästigung befürchten, will Wolf in einer Infoveranstaltung über die geplante Biogasanlage ausräumen.

Scharfe Kritik am Vorgehen von Magistrat und Kooperation hatten CDU und der Wählerverein Zusammen mit Bürgern (ZmB) am Vorabend im Stadtparlament geäußert. Die Angelegenheit werde „einmal ins Lehrbuch eingehen, wie eine Stadt mit ihren Bürgern umgehen soll“, empörte sich Anette Schweikart-Paul (CDU). Der Landwirt habe auf eine Ausschreibung des Hessischen Rundfunks hin geboten, dieser ihm den Zuschlag erteilt. Was der Magistrat nun, „in einer Art Beleidigtsein“, vorschläge, sei unde-

mokratisch und falsch. „Es gibt keinen Grund, für Ökopunkte einen Eigentümer zu enteignen“, sagte sie.

Norbert Löw (ZmB) nannte es „nicht erklärlich“, wieso man das Risiko einer gesetzlichen Auseinandersetzung suche. „Wir drohen hier mit dem dicken Knüttel der Enteignung“, kritisierte er.

„Es ist nicht unser Ziel, irgendjemanden zu enteignen“, sagte dagegen Bürgermeister Jürgen Hoffmann (SPD). Ansinnen der Stadt sei es, Ausgleichsflächen zu schaffen – „nicht mehr und nicht weniger“. Und das Areal sei das größte, das die Stadt dafür in Rodgäu zur Verfügung haben könne. Eine Enteignung sehe er nicht, sagte auch FDP-Fraktionschef Heino Reckließ. „Am Ende des Tages wird man sich auf irgendwas einigen.“

Unterkü
im Nord
soll, will
haben di

NACHRI

Feuerw 82-jähr

DREIEICH. B in Götzenl tagabend jedoch ein samt 1200 ne 82 Jahr 87 Jahre al dritte Senic Uhr von de Berg“ auf di Straße abge Streit über geraten. Wä kussion rollt über die Kre Straßenlate gegenüber beg stecken. Wei waren, muss Insassen bef

Autodiebe

Streit um den Weg zu stabilen Finanzen

Grund- und Gewerbesteuer steigen / Defizit der Stadt sinkt auf fünf Millionen Euro / CDU, ZmB und Linke lehnen Haushalt ab

RODGAU • Grund- und Gewerbesteuer steigen im nächsten Jahr. Die Kooperation aus SPD, Grünen, FDP und Freien Wählern hat am Dienstag höhere Steuersätze beschlossen. Dank der Mehreinnahmen von zwei Millionen Euro sinkt das Haushaltsdefizit auf rund fünf Millionen. Die Opposition (CDU, ZmB, Linke) lehnte sowohl die Steuererhöhung als auch den Haushaltsplan 2014 ab.

Von einer „moderaten Anhebung“ sprach Winno Sahn (Grüne). Es sei bezeichnend, „dass die Opposition zu diesem unpopulären Vorschlag nichts zu sagen hat“. Niemand sei in der Lage, verantwortbare und durchsetzbare Sparvorschläge in dieser Höhe zu machen. Alle Haushaltsanträge der letzten Jahre seien demgegenüber „Kosmetik“ gewesen. Sahn: „Selbst wenn wir alle freiwilligen Leistungen streichen würden, würde das Defizit eines Jahres nicht einmal halbiert.“

Der Hebesatz der Grundsteuer A steigt von 230 auf 290 Prozent, der Grundsteuer B von 330 auf 390 und der Gewerbesteuer von 330 auf 350.

Die Kommunalaufsicht hatte kürzlich die Stadt Rodgau ultimativ aufgefordert, ihre Steuern zu erhöhen. Ralf Kunert (SPD) bezeichnete dieses Vorgehen als befremdlich. Seit 2011 sinke das Haushaltsdefizit in Rodgau um 1,5

Millionen Euro pro Jahr. Die Kooperation stelle den Antrag auf höhere Realsteuern „in Kenntnis des Briefs des Landrats, aber autonom in unserer Entscheidung“, betonte Kunert selbstbewusst. Dies sei der richtige Schritt, um die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern. Kunert sprach von einer „Konsolidierung mit Augenmaß“.

Heino Reckließ (FDP) ließ durchblicken, dass die Kooperation schon zuvor über eine höhere Grundsteuer B nachgedacht habe. Bürgermeister Jürgen Hoffmann (SPD) hatte eine Erhöhung erst für das Wahljahr 2016 angekündigt. Zum aktuellen Steuerantrag der Kooperation sagte Hoffmann in der Parlamentssitzung kein Wort.

Clemens Jäger (CDU) warf der Kooperation vor, sie plane Steuererhöhungen, ohne ernsthaft Einsparpotenziale zu aktivieren. Die Kooperation sei nicht zu einer konstruktiven Diskussion über die Finanzprobleme der Stadt bereit: „Sie machen weiter wie bisher und lassen sich dabei auch nicht von der Kommunalaufsicht irritieren.“ Es gebe keine vernünftigen Ansätze für einen Ausstieg aus der Abwärtsspirale. In Frageform brachte Jäger einen Ausstieg aus gebührenfreien Kindergärten ins Gespräch. Einen Antrag dazu stellte die CDU jedoch nicht.



Bildung von Anfang an - das ist seit Jahren ein Schwerpunkt in Rodgau, auch finanziell. Kostenlose Kita-Plätze für alle Kinder ab drei Jahren sollen die Stadt als Wohnort für junge Familien attraktiv machen. Beim Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren nimmt Rodgau eine Spitzenposition ein. Dadurch steigt der Zuschussbedarf (gelbe Säulen in unserer Grafik). • Grafik: Sybille Detmer

Nicht nur in Rodgau sei die Finanzlage angespannt, sagte Karin Wagner (Grüne): „Die Kommunen haben schlicht zu wenig Geld zur Verfügung, um die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu finanzieren.“ Verschärft werde die Lage dadurch, dass keine Rücklagen für die Sanierung von Straßen und öffentlichen Gebäuden angespart worden seien.

Neben dem Geld komme es auch auf die Attraktivität einer Stadt an: „Berlin ist arm, aber sexy. Rodgau ist bereits arm und am Sexappeal arbeiten wir.“ Die größte Stadt des Kreises schöpfe ihr Potenzial noch lange nicht aus: „Rodgau hat sich mit seinen fünf Dörfern in der Vergangenheit selbst genügt. Das wird in Zukunft nicht ausreichen, wenn

wir uns in der Region behaupten wollen.“

Eine solide Haushaltspolitik stellte Karl-Heinz Dauth (FW) in den Mittelpunkt. Die Belastung für Bürger und Gewerbetreibende sei erträglich. Dauth kritisierte, dass die Opposition keine eigenen Vorschläge vorlege. Stattdessen gebe es nur Pauschalkritik und Stimmenthaltungen.

Als „erbärmlich“ bezeichnete Otto Melzer (ZmB) einen Haushaltsplan, der sich immer nur an den Eckwerten des Vorjahres orientiere: „An die Kostenstrukturen traut sich die Kooperation nicht heran.“ Stattdessen würden die Steuern erhöht.

Einen Eklat löste Melzer aus, als er Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Kaiser vorwarf, er lasse sich vom überparteilichen Zukunftsrat das nächste SPD-Wahlprogramm entwerfen. Kaiser wies dies als „böswillige Unterstellung“ zurück.

Auch Heiko Stenzel (Linke) lehnte den Haushaltsplan ab. „Die Ursachen der Krise werden weiterhin verleugnet und ignoriert“, kritisierte er. Als problematisch bezeichnete Stenzel, dass die Stadtwerke durch immer neue Aufgaben aufgebläht würden.

Im Vergleich zu anderen Kreiskommunen gehe es Rodgau gut, betonte Reckließ (FDP). Er bedauerte, dass der Erlös aus dem Verkauf der Anteile an der Maingau Energie GmbH dazu diene, die in 30 Jahren aufgelaufene Unterdeckung im Friedhofs-Etat auszugleichen. Wäre dieser Erlös in den Haushaltsplan eingeflossen, „dann wären wir die Musterschüler der Region“. So gesehen, seien die städtischen Finanzen 2014 sogar im Plus. Die Kritik der CDU sei fehl am Platz. • eh

OPo 12.12.13

Der Kita-Konsens bröckelt

RODGAU Kindergartenbesuch bleibt kostenfrei / Grundsteuer und Gewerbesteuer steigen

Von Christoph Manus

Dass die Stadt Rodgau trotz hoher Verschuldung und seit Jahren defizitärer Haushalte seit 2011 keinen Euro mehr für den Besuch ihrer Kindergärten verlangt, hat sie bei Politikern der Nachbarstädte nicht sonderlich beliebt gemacht. Erst gestern wurde es im Kreistag laut, als der Rodgauer Grüne Benjamin Schwarz nicht ohne Stolz am Rednerpult sagte, in Rodgau könne man sich beitragsfreie Kindergärten leisten. Gelächter war noch die freundlichste Reaktion.

Doch auch in der größten Stadt des Kreises bröckelt der einstige Konsens. Zwar haben die Sprecher der Kooperation von SPD, Grünen, FDP und Freien Wählern in ihren Reden zum Haushalt, den sie am Dienstagabend beschlossen, klar gemacht, dass am kostenfreien Besuch der Kindergärten nicht zu rütteln sei. Aber haben sie notgedrungen sogar die Grundsteuer für bebaute und unbebaute Grundstücke von 330 auf 390 Punkte, die Gewerbesteuer von 330 auf 370 Punkte erhöht. Das Defizit schrumpft dadurch auf etwa fünf Millionen Euro.

CDU-Fraktionschef stellt Beitragsfreiheit in Frage

Doch nach dem Wählerverein Zusammen mit Bürgern (ZmB), der bereits im vergangenen Jahr die Wiedereinführung der Gebühren orderte, beginnt nun auch die CDU, die einst sogar die Abschaffung der Essensgebühren vorschlug, den kostenfreien Kindergartenbesuch in Frage zu stellen. Überall in der Stadt gebe es bereits Diskussionen, sagte Fraktionschef Clemens Jäger (CDU) in der Haushaltsdebatte. „Man hört, dass die Beitragsfreiheit für Eltern mit ausreichendem Einkommen mit Fragezeichen versehen wird.“ Fraglich sei auch, ob die bei der Einführung der Beitrags-



Der Besuch der Rodgauer Kindergärten, hier die Kita 12 in Dudenhofen, bleibt erstmal gebührenfrei.

MONIKA MÜLLER

freiheit erhofften Ziele eingetreten seien, – und ob diese für die Wohnortwahl überhaupt eine Rolle spiele.

Der Kooperation warf Jäger einmal mehr vor, keinen Sparwillen zu zeigen und eine Diskussion über die Finanzprobleme der Stadt zu verweigern. Mit dieser „Arroganz der Macht“ begründete Jäger auch, dass die CDU, die größte Fraktion im Parlament, keine Haushaltsanträge stellte.

Otto Melzer (ZmB) kritisierte die von Landrat Oliver Quilling (CDU) als Kommunalaufsicht angeregte Steuererhöhung scharf. Er verstehe nicht, wieso der Kreis die Stadt nicht stattdessen zum Sparen auffordere, sagte er. Melzer vermisste gestalterische Ansätze im Haushalt. Auch an Kostenursachen und Kostenstruktur traue sich die Kooperation nicht heran. „Redlich ist es nicht, dass Quilling für Sie die Kohlen aus dem Feuer holen muss“, kritisierte Heiko Stenzel (Linke).

„Hören Sie doch auf zu nölen!“, rief FDP-Fraktionschef Heino Reckließ der CDU zu. „Der Bürger ist zufrieden mit uns.“ In der Stadt gebe es einen hohen sozialen Standard. Das Ziel, die Neuverschuldung jedes Jahr zu senken, sei wieder erreicht worden. Die Kooperation habe einiges auf den Weg gebracht, damit Rodgau ein modernes, attraktives Mittelzentrum wird, das auch ein bisschen sexy ist, sagte Karin Wagner (Grüne). In dieser Hinsicht habe die Stadt ihr Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft.

Die Kooperation sei gut beraten gewesen, die Mitarbeit der anderen Fraktionen bei der Konsolidierung abzulehnen, sagte SPD-Fraktionschef Ralf Kunert. Denn diese hätten weder vernünftige Spar- noch Einnahmeanträge gestellt. Beim Verkauf von nicht mehr benötigten Liegenschaften und Grundstücken stelle sich die Opposition regelmäßig quer. „Das alles zeigt, dass Sie noch einen langen Weg vor sich haben, bis Sie wieder zu einer wählbaren Alternative werden.“

Zentrum Jügesheim

RODGAU Beschluss zur Stadtentwicklung

Es ist das städtebaulich wichtigste Vorhaben seit vielen Jahren, ein Mega-Projekt. Das bis auf das frühere Feuerwehrgelände bebaute Areal zwischen der Hintergasse, Ostring, Schwesternstraße und Rodgaupassage in Jügesheim soll zu einem Zentrum für die am Reißbrett entstandene Stadt Rodgau werden. Nach monatelangen Gesprächen von Bürgermeister Jürgen Hoffmann (SPD) mit Eigentümern und Geschäftsinhabern, hat das Stadtparlament mit Stimmen der Kooperation und des Wählervereins Zusammen mit Bürgern dieser Entwicklung grundsätzlich zugestimmt. Die Ausschüsse sollen sich mit den Vorschlägen befassen, die vier Projektentwickler für das Areal entwickelt haben.

Wer vermutet hätte, diese Entscheidung böte den Stadtverord-

neten Anlass für eine grundsätzlichere Debatte über die Entwicklung der größten Stadt im Kreis wäre enttauscht worden. Außer Hoffmann, der klarmachte, dass sich die Stadt schon deshalb weiterentwickeln müsse, damit nicht weiter in solch hohem Umfang Kaufkraft abfließe, sprach nur Herbert Massoth.

„Eine Verbesserung lässt sich nicht dadurch erreichen, dass man beschließt, das Zentrum ist Jügesheim“, sagte der Stadtverordnete für die CDU-Fraktion. Es seien zudem noch einige Punkte offen. Als Beispiele nannte Massoth die Verkehrsanbindung und die Parkplatzfrage. Die von Hoffmann erhoffte Mitarbeit bot er nicht an. „Wenn es Ihnen gefällt, binden Sie uns ein, wenn nicht, verhungern wir an Informationen“, sagte er. cm

Theater wird teurer

RODGAU Streit über das Kulturprogramm

Die Eintrittspreise für die Theateraufführungen und das Kleinkunstprogramm im Nieder-Röder Bürgerhaus steigen zur nächsten Spielzeit um im Schnitt eine Euro pro Karte. Das hat das Rodgauer Stadtparlament jetzt mit den Stimmen der Kooperation von SPD, Grünen, FDP und Freien Wählern sowie von Heiko Stenzel (Linke) beschlossen. Neu im Angebot werden dafür ein Last-Minute-Ticket für Schüler sein, das 15 Minuten vor Vorstellungsbeginn für 5 Euro zu haben ist. Erstmals wird die Stadt zudem ein Clquen-Ticket und einen Mengen-Rabatt bieten.

Kein gutes Haar ließ Anette Schweikart-Paul (CDU) an den Plänen. Die Preiserhöhung sei unnötig, sagte sie. Denn sie würde sich erübrigen, wenn die Stadt Kulturinitiativen einbinden wür-

de. „Ob das Programm junge Leute anspreche, sei zudem fraglich. Rabatt anzubieten, bezeichnete Schweikart-Paul als die „Praktiker-Variante“. „Wo das geendet hat, wissen Sie ja.“

„Wir müssen kostengünstigere Wege gehen“, forderte Norbert Löw vom Wählerverein Zusammen mit Bürgern. Die Stadt bezuschusse jede Theaterkarte mit 38 Euro. „Können wir bei der Kassenlage so weitermachen?“ Fraktionskollege Otto Melzer forderte gar ein kostendeckendes Programm.

Die Einwohner Rodgaus hätten ein Recht auf ein professionelles Theaterprogramm, sagte der ehrenamtliche Kulturdezernent Werner Kremeier (Grüne) dagegen. Das städtische Angebot brauche sich nicht vor dem von Großstädten zu verstecken. cm

Die Batschkapp – man muss sie einfach gern haben. Auch nach dem Umzug in die neue große Halle. Sackbach bleibt sie sich treu.